

# «Es braucht wohl eine neue Verfassungsabstimmung»

Christoph Blocher ist unter Umständen bereit, die Zuwanderungsinitiative zu korrigieren und auf Kontingente zu verzichten

Denis von Burg  
und Arthur Rutishauser (Text),  
Sebastian Magnani (Foto)

**Herr Blocher, bald haben Sie im Parlament und im Bundesrat eine bürgerliche Mehrheit. Was soll denn nun ändern?**

Man muss Abschied nehmen von der zerstörerischen Linkspolitik. Das heisst zum Beispiel: Abschied nehmen von der unsicheren, teuren, unwirtschaftlichen Energie- wende, von der exzessiven Zuwanderung, der Bürokratie. Ob eine breit abgestützte Mehrheit zustande kommt, muss sich noch zeigen. Wenn die FDP ihren Wahlversprechen folgt, sollte es gelingen. Bisher haben sich sogenannte «bürgerliche» Parteien nicht durchgesetzt. Nicht einmal wenn es um das wichtigste Anliegen der Wirtschaft geht.

**Nämlich?**

Um die Bekämpfung der Bürokratie und die dauernden Interventionen des Staates. Neustes Beispiel: Letzte Woche beschloss die Wirtschaftskommission des Nationalrats, dass, wer neue Mitarbeiter nicht innert eines Monats meldet, statt mit Ordnungsbusse, mit Gefängnis oder Busse bestraft wird.

**Regeln einhalten kann doch jeder. Wo liegt das Problem?**

Das ist ein Unsinn mehr und für kleinere Unternehmen gefährlich. Zudem: Die Schweiz ist daran, jetzt eine wichtige Voraussetzung der schweizerischen Wohlfahrt – den

**«Wichtig ist, dass die Zuwanderung massiv reduziert wird»**

freien Arbeitsmarkt – mit den flankierenden Massnahmen zu zerstören. Seit ich die Musikinsel Rheinau gegründet habe und diese betreibe, wozu ein Hotelbetrieb mit 130 Betten gehört, sehe ich in den sogenannten Gastro-Gesamt-arbeitsvertrag hinein. Jetzt begreife ich, warum immer mehr Beizen schliessen.

**Warum?**

Da wird alles starr bis ins Einzelne reglementiert. Da ist vieles, was der Betrieb braucht und der Angestellte möchte, nicht möglich. Und das Schlimmste wissen Sie wohl gar nicht.

**Sagen Sie es uns.**

Pro Arbeitnehmer, ob organisiert oder nicht, müssen die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber je 89 Franken pro Jahr an die Gewerkschaft bezahlen. Ein Teil geht an den Arbeitgeberverband. Es seien sogenannte Vollzugsbeiträge. Sind das nicht legale Schmiergelder?

**Ein GAV mag mühsam sein, er bringt aber auch den Arbeitsfrieden. Lohnt sich das nicht?**

Wir hatten bis anhin den freien Arbeitsmarkt, Wirtschaftswachstum, niedrige Arbeitslosigkeit und hohe Lohnsteigerungen und den Arbeitsfrieden. Das darf die Schweiz nicht preisgeben. Der Preis für die unverantwortliche Personenfreizügigkeit ist diese zerstörerische Regulierung.

**Christoph Blocher als Gewerkschafter ...**

Gerade nicht. Aber der Verteidiger des Wohls der Schweizer Wirt-



Blocher, Chefstrategie der SVP: «Es gibt nichts auszusöhnen. Wir sind in intensiven Gesprächen mit den Wirtschaftsverbänden»

**Blocher zur Bundesratswahl: «Die Wahl Gobbis wäre sehr wichtig»**

**Bald haben Sie einen zweiten Bundesrat, der kaum all Ihre Forderungen erfüllen kann. Will denn die SVP überhaupt das Justizdepartement?**

Er kann nicht alles. Aber für die jetzige Migration die Verantwortung zu übernehmen, wäre wichtig. Wir müssen versuchen, dort mit einem Bundesrat für Ordnung zu sorgen. Es gibt ja auch Anzeichen, dass Frau Sommaruga das Departement wechseln möchte. Sie wollen das Justizdepartement. Und die SVP soll gemäss Fraktionspräsident Amstutz mit Bundesräten aus zwei Sprachregionen vertreten sein. Ist Finanzspezialist Aeschi ein Alibikandidat?

Nein. Keiner der drei vorgeschlagenen Kandidaten ist ein Alibikandidat. Alle drei werden gute Bundesräte werden. Für die Eidgenossenschaft wäre auch die Wahl des tüchtigen Staatsratspräsidenten Gobbi aus dem Tessin eine sehr wichtige Wahl.

**Was erwarten Sie von einem SVP-Justizminister im Asylwesen?**

Endlich die strikte Anwendung des Asylgesetzes, Grenzkontrollen mit Zurückweisung aller illegalen Einwanderer.

**Und in der aktuellen Flüchtlingskrise?**

Die Völkerwanderung muss gestoppt werden. Seit Deutschland illegale Einreisen grosszügig duldet, nicht mehr alle registriert, kommen diese in die Schweiz. Und Deutschland meldet, dass es nicht einmal die Registrierten zurücknehme. Deshalb braucht es jetzt einen absoluten Grenzschutz.

**Das verlangt eine auf Eis gelegte SVP-Asylinitiative. Kommt diese jetzt?**

Der absolute Grenzschutz besteht nach Schengen/Dublin schon heute. Er muss nur durchgesetzt werden.

**Tut der Bundesrat genug angesichts der Terrorgefahr?**

Nein. Dazu gehören eben auch die Grenzkontrolle und die Verbesserung der Überwachung.

**Und Ueli Maurer soll vom VBS ins Finanzdepartement?**

Ueli Maurer will im VBS bleiben. Aber was der Bundesrat beschliesst, werden wir sehen. Das Wichtigste aber ist, dass jetzt zur Wahrung der Sicherheit all die genannten Änderungen vollzogen werden. Dazu gehört auch, dass die Armee endlich wieder das Land im Ernstfall verteidigen kann.

**Bundesrates mit Brüssel kommen nicht voran. Ihre Einwanderungsinitiative wird wohl nie umgesetzt werden.**

Das ist heute ein Verfassungsartikel. Er ist zu vollziehen.

**Das heisst?**

Machen, was beschlossen ist. Wenn die EU nicht verhandeln will, dann selbstständig handeln. Brüssel will die Sache aussitzen, weil man eine Kettenreaktion innerhalb der EU befürchtet. Wenn die Schweiz selbst handelt, wird die EU die bilateralen Verträge nicht kündigen.

**Woher wollen Sie das wissen?**

Ich habe mich in den EU-Ländern umgehört. Ihre Interessen sind zu gross. Aber Sie können es auch in der Schweiz hören. Die Schweizer Diplomaten Yves Rossier und Tim Guldemann haben das selber öffentlich erklärt. Deshalb muss der Bundesrat jetzt die Initiative autonom umsetzen, dann wird die EU verhandeln.

**Dann kommt es zum endgültigen Bruch.**

Nein, die EU muss überall das Gesicht wahren. Sehen Sie sich die Euro-Schuldenregeln an oder den Stabilitätspakt.

**Der wird laufend verletzt.**

Eben, darum muss so gehandelt werden, wie die Schweiz es für richtig findet.

**Mit der Einführung von Kontingenten geht das aber nicht.**

Wichtig ist, dass – wie beschlossen – die Zuwanderung massiv reduziert wird. Es wird von Schutzklauseln geredet. Nur liegt nichts Präzises mit konkreten Auswirkungen auf dem Tisch. Es gibt auch Modelle, die eingewanderte Arbeitskräfte mit höheren Sozialabgaben belasten. Kanada kennt das. Soviel ich weiss, funktioniert es.

**Und das würden Sie dann unterstützen?**

Man kann darüber reden, wenn es zu einer spürbaren Reduktion der Zuwanderung führt. Wenn der Absatz mit den technischen Regelungen angepasst werden soll, braucht es wohl eine neue Verfassungsabstimmung.

**Sie würden Ihre eigene Initiative korrigieren?**

Nicht unsere Initiative, sondern die Verfassungsbestimmung. Aber das können nur Volk und Stände korrigieren.

**Und wie gross muss die Reduktion sein?**

Es sollen nur die in den Arbeitsmarkt kommen, die man braucht und die man in der Schweiz nicht findet. Das gibt dann je nach Konjunktur und Bedürfnis der Wirtschaft andere Zuwachszahlen pro Jahr. Mit der jetzt beschlossenen Lösung waren es von 1970 bis 2007 im Durchschnitt 21 000.

**Was heisst eine wirksame Begrenzung der Zuwanderung? Heute kommen jährlich 80 000, sollen es künftig nur noch 40 000 sein?**

Mit der Zuwanderung, wie sie bei der alten Lösung war, kann man leben. Es mag Jahre geben mit 40 000 und mehr, in andern weniger, in andern wird sie negativ sein. Das ist die Erfahrung. Aber nicht jedes Jahr 80 000.

**Kommt es so zur Aussöhnung der SVP mit den Wirtschaftsverbänden?**

Es gibt nichts auszusöhnen. Wir sind in intensiven Gesprächen.

schaft und desjenigen der Inländer. Wir hatten bisher die besseren Löhne und sichere Arbeitsplätze wegen besserer Bedingungen als im Ausland. Dazu gehörte der freie Arbeitsmarkt und die beschränkte Zuwanderung. Das System hat jahrzehntlang funktioniert, viel besser als jetzt.

**Wie kommen Sie darauf?**

**Wir haben doch seit Jahren Hochkonjunktur.**

Mit einer Arbeitslosigkeit von fast 3,5 Prozent. Das gab es früher nur in Rezessionszeiten, heute ist es in guten Jahren ein Dauerzustand. Die Arbeitslosigkeit bei Ausländern beträgt sogar über 6 Prozent. Die Erwerbslosenquote ist jetzt mit 4,9 Prozent höher als in Deutschland und der Tschechischen Republik. Das ist doch ein Skandal.

**Die Rückkehr zu den Kontingenten, die Sie fordern, wird aber kaum Realität.**

**Die Verhandlungen des**